

Nr. 18/216

Mindestlohngesetz für das Land Bremen (Landesmindestlohngesetz)

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Februar 2012
(Drucksache 18/229)
1. Lesung

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Februar 2012**

(Drucksache 18/246)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 1 des Antrags wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Bundesrat weiterhin für einen allgemeinen Mindestlohn von 8,50 € einzusetzen. Die künftige Entwicklung dieses Mindestlohns soll von einer Kommission ermittelt und gesetzlich festgelegt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz gemäß Ziffer 2 des Antrags in erster Lesung.

Nr. 18/217

Faire Löhne durch verbindliche Lohnuntergrenze sichern – bestehende Tarifverträge achten – Bremischen Sonderweg vermeiden

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Februar 2012
(Drucksache 18/252)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/218

Gesetz zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes

Mitteilung des Senats vom 7. Februar 2012
(Drucksache 18/224)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/219

Eigenständigkeit der swb AG erhalten!

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Februar 2012
(Neufassung der Drucksache 18/223 vom 7. Februar 2012)
(Drucksache 18/262)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 22. Februar 2012**

(Neufassung der Drucksache 18/251 vom 20. Februar 2012)
(Drucksache 18/272)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass EWE/swb durch geeignete Maßnahmen auf veränderte Marktbedingungen reagiert, um den Konzern auf Dauer wettbewerbsfähig zu halten und so seiner Rolle als wichtiger Akteur der regionalen Wirtschaft nachhaltig abzusichern. Zukunftskonzepte müssen jedoch zwischen allen Beteiligten frühzeitig und transparent kommuniziert werden und sind nur tragfähig, wenn sie die Interessen aller Akteure einbinden. Insofern weist die Bürgerschaft (Landtag) etwaiges einseitiges Handeln zurück, das auf eine Änderung des Konsortialvertrages zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der EWE AG zielt.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Überzeugung, dass die Einhaltung bestehender Verträge eine Selbstverständlichkeit darstellt, ohne die es kein Vertrauen zwischen wirtschaftlichen Akteuren und damit keine Basis für wirtschaftliches Handeln geben kann. Sie lehnt eine Änderung des Konsortialvertrages zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der EWE AG ab, soweit sie nicht im Interesse beider Parteien ist.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf sich dafür einzusetzen, dass swb als eigenständiges, operatives Unternehmen mit allen wesentlichen Geschäftsfeldern sowie den im Konsortialvertrag vorgesehenen Aufgaben und Funktionen an den Standorten Bremen und Bremerhaven erhalten bleibt und bei der geplanten Restrukturierung keine überproportionalen Lasten zu tragen hat.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für den Erhalt der Arbeitsplätze im Land Bremen und die Sicherung von unternehmerischem Einfluss und energiewirtschaftlichem Know-how der swb im Land Bremen einzusetzen.

Nr. 18/220

Fonds für Opfer von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Fünfziger- bis Siebzigerjahren

Mitteilung des Senats vom 20. Dezember 2011
(Drucksache 18/181)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/221

Wahl von Mitgliedern der Bundesversammlung

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Mitglieder und Listennachfolger der Bundesversammlung:

- I. Mitglieder
 1. Christian Weber
 2. Jens Böhrnsen
 3. Gerlinde Berk
 4. Dr. Zahra Mohammadzadeh
 5. Thomas Röwekamp
- II. Listennachfolger zu I. 1. bis 3.
 1. Karin Garling
 2. Margitta Schmidtke
 3. Sybille Böschen

- III. Listennachfolger zu I. 4.
Carola Näth
- IV. Listennachfolger zu I. 5.
 - 1. Dr. Rita Mohr-Lüllmann
 - 2. Heiko Strohmann

Nr. 18/222

Waffenbesitz minimieren und Waffenbesitzsteuer in Bremen einführen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Januar 2012
(Drucksache 18/206)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine Reform des Waffengesetzes einzusetzen, die
 - a) die formalen Blockaden beendet, technisch ausgereifte und verfügbare Waffensicherungssysteme, wie zum Beispiel digitalisierte Benutzungs- und Abschusskontrollsysteme, als legales Mittel der Waffensicherung zulässt.
 - b) zusätzlich die gleichzeitige Aufbewahrung von funktionsfähigen Schusswaffen und Munition in Privatwohnungen grundsätzlich untersagt. Waffen und Munition müssen örtlich getrennt oder an einem besonders gesicherten Ort außerhalb der Wohnung aufbewahrt werden.
 - c) den Erwerb und Besitz von Sportwaffen an den Nachweis einer sicheren Lagerungsmöglichkeit für Munition und Waffen außerhalb der Wohnung koppelt.
 - d) Großkaliber-Kurzwaffen für den privaten Besitz und die private Nutzung verbietet.
 - e) ein Verbot von Munition mit besonderer Durchschlagskraft vorsieht und den perspektivischen Umstieg des Schießsports auf für Menschen ungefährliche Munition anstrebt.
 - f) eine generelle Begrenzung für den privaten Waffenbesitz beinhaltet.
 - g) unverzüglich das in der EU-Waffenrichtlinie 2008/51/EG vorgesehene zentrale elektronische Waffenregister einführt.
 - h) für Kauf und Besitz von Schreckschusswaffen die Vorlage des kleinen Waffenscheins vorsieht. Zudem muss durch eine Buchführungs- und Kennzeichnungspflicht sichergestellt werden, dass solche Waffen nur noch an Personen verkauft werden, deren Zuverlässigkeit und persönliche Eignung vorher behördlich überprüft wurden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat ferner auf, der Bürgerschaft (Landtag) binnen dreier Monate orts- beziehungsweise landesrechtliche Regelungen zur Einführung einer Aufwandsteuer für den privaten Waffenbesitz vorzulegen, hilfsweise der Bürgerschaft (Landtag) einen durch ein externes Gutachten hinterlegten Bericht zu erstatten, aus welchen rechtlichen Gründen Abstand von der Einführung einer solchen Waffenbesitzsteuer genommen werden sollte.

Nr. 18/223

Stadtentwicklung durch soziales Wohnen stärken!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 1. Februar 2012
(Drucksache 18/221)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in Kooperation mit der Bremer Aufbau-Bank (BAB), GEWOBA/Stäwog und der privaten Wohnungswirtschaft in Weiterentwicklung der Instrumente und Erkenntnisse der Wohnungsbaukonzeption ein Handlungskonzept für sozial gemischten und bezahlbaren Wohn-

raum zu entwickeln. Hierbei sollen die besondere Situation und Leerstandsproblematik bei Wohnimmobilien in der Seestadt Bremerhaven und in Bremen-Nord berücksichtigt werden.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, zur Unterstützung individuellen, gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Bauens in Form von Neubauten und Umnutzungen für altersgerechtes, barrierefreies, ökologisches, energetisches, gemeinschaftliches und/oder mit Arbeiten kombiniertes Wohnen eine Strategie zu entwickeln und ein Beratungsangebot zu schaffen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie binnen sechs Monaten dazu zu berichten.

Nr. 18/224

Bremisches Gesetz zur Erleichterung von öffentlichen Auftragsvergaben und Investitionen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2012
(Drucksache 18/234)
1. Lesung

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 18/225

Bremisches Gesetz zur Erleichterung von Investitionen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 22. Februar 2012
(Neufassung der Drucksache 18/271 vom 22. Februar 2012)
(Drucksache 18/273)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/226

Erweiterung des Untersuchungsgegenstandes des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Krankenhaus-Keime“

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Februar 2012
(Drucksache 18/274)

Der Untersuchungsgegenstand des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Krankenhaus-Keime“ (Drs. 18/132) wird um die Untersuchung der Vorgänge über nachgewiesene Klebsiellen-Keime in der Neonatologie im Klinikum Bremen-Mitte im Jahr 2005 erweitert.

Nr. 18/227

Facebook-Fahndung einführen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Januar 2012
(Drucksache 18/199)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres und Sport (federführend) und den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Nr. 18/228

Für ein Recht auf ein Girokonto für alle

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. Januar 2012
(Drucksache 18/205)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend) und die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend.

Nr. 18/229

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Beirat Platt einrichten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Dezember 2011
(Drucksache 18/182)
2. Wachstumsstrategie zur Stärkung der Kreativwirtschaft
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 25. Januar 2012
(Drucksache 18/215)
3. Wärmeatlas für Bremen und Bremerhaven
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. Januar 2012
(Drucksache 18/216)
4. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Meldewesen – Meldegesetz
Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 30. Januar 2012
(Drucksache 18/217)
1. Lesung
5. Gesetz zur Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes
Aktivitäten der Rüstungsindustrie an bremischen Hochschulen unterbinden –
Zivilklausel im Hochschulgesetz verankern – Forschungsstellen zum Ausschluss
von Rüstungsforschung einrichten
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 31. Januar 2012
(Drucksache 18/220)
1. Lesung
6. UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen
Antrag der Fraktionen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. Februar 2012
(Neufassung der Drucksache 18/233 vom 9. Februar 2012)
(Drucksache 18/276)
7. Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen – Konzept zur Umset-
zung des Bundesgesetzes im Land Bremen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Februar 2012
(Neufassung der Drucksache 18/230 vom 8. Februar 2012)
(Drucksache 18/243)

